

## Generalversammlung 2019 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Vereinsmitglieder

In meinem Rückblick auf das Jahr 2018 präsentiere ich Euch 10 Hauptthemen:

1. Steinfabrikareal und Projekt Müller, Unterdorf Pfäffikon
2. Kantonale und kommunale Richtplanung ohne Gesamtverkehrsplanung: Folgerungen und Forderungen
3. Petition Landschaftsschutz Tal – Talweid – Weingarten – Joch
4. Abstimmung Teilzonenplan Waldisberg
5. Alterspolitik / Senevita-Baugesuch
6. Mitwirkung Chrummen / Zusammenhang mit den Schulstandorten Leutschen und Brüel und dem Zubringer Halten etc.
7. Hurdnerwäldlistrasse 1 mit Drittwirkung
8. Zeughaus Pfäffikon
9. Medien, Kommunikation
10. Engagierte Mitglieder

### 1. Steinfabrik-Areal

Am diesjährigen Fasnachtsumzug wurde als Jux berichtet, die «*Streitparteien*» hätten sich nun geeinigt, auf dem Steinfabrikareal ein riesiges Parkhaus zu errichten, mit einem wunderschönen Park und grossem Spielplatz auf dem Dach. Die Baubewilligung sei erteilt und die Grundsteinlegung finde direkt nach dem Böögverbrennen statt. Anschliessend rauche man die Friedenspfeife. Im Höfner Volksblatt doppelte Gemeindepräsident Daniel Landolt nach, über das alte Industriegeleise erfolge eine Direkterschliessung mit einem Autozug, was den Ausbau der Unterdorfstrasse erübrige. Weiter sei für den Langsamverkehr ein Tunnel vom Parkhaus auf die Ufnau geplant, und zur Entlastung des Holzstegs könnte der Langsamverkehrstunnel auch bis Rapperswil weitergeführt werden.

Das Spässchen war die Eröffnung eines neuen Kapitels: Vorschläge für die Nutzung des Steinfabrikareals aus der Teppichetage (sprich aus dem Gemeindehaus und dem Lobbyisten-Netz). Dass auch in diesen Kreisen eine Wohn-/Gewerbe-Überbauung längst als nicht mehr realisierbar gilt, zeigt sich auch darin, dass bei der jüngsten Fristverlängerung der Korporation und ihres ehemaligen Präsidenten (auf total 4 Jahre!) zum ersten Mal ein «*eventueller Widerruf des Gesuchs*» erwähnt wird.

Neue Kanti am See?

Der Regierungsrat will bekanntlich in Pfäffikon für 92 Millionen eine neue Kantonsschule für ganz Ausserschwyz bauen und die Kanti Nuolen schliessen.

Nun wurde – prominent platziert im Höfner Volksblatt vom 5. Februar - von einer 'Interessengemeinschaft Mittelschule March' massiver Widerstand gegen die Schliessung der Kantonsschule in Nuolen angekündigt. Die IG äusserte unter anderem sehr deutliche Kritik am jetzigen Standort der Kantonsschule in Pfäffikon: Sie sei «*ingequetscht neben den grossen Publikumsmagneten Seedamm-Center und Alpmare*». In Pfäffikon würden sich attraktivere Standorte finden lassen. «*Gespräche mit der*

*Standortgemeinde Freienbach und der Korporation als grossem Landbesitzer»* wurden angeregt und man forderte den Kantonsrat zur Abweisung der regierungsrätlichen Schulplanung auf.

Tags darauf – in der Grossauflage des Höfners von letzter Woche – wurde dann die 2. Tranche präsentiert: Das Steinfabrikareal als *«alternativer Kanti-Standort»*. Dadurch könnte man sich das aufwändige Bauen während des laufenden Schulbetriebs und fast die Hälfte der Kosten sparen. Die *«Verkehrsanbindung an den ÖV sei optimal»*, teure Erschliessungsbauten würden sich erübrigen. Die *«öffentliche Zugänglichkeit wäre gewährleistet»* und auch *«den Bedürfnissen des Naturschutzes könne man im östlichen Teil des Geländes nachkommen»*. Und die Pointe: der *«alte Schulstandort im Gwatt könnte nach dem Umzug ausgetauscht und für eine Wohnüberbauung freigegeben werden»*. Das heisst, Ueli Feusi und die Korporation könnten ohne blaues Auge davonkommen...

Gemeindepräsident Daniel Landolt lobte diese Idee, die vom ehemaligen Kanti-Lehrer Fredy Kümin eingebracht worden sei. Man habe sie schon im Sommer 2017 bei Baudirektor Othmar Reichmuth vorgebracht. Auch Ueli Feusi halte sie für prüfenswert. Möglicherweise hat dieser einen solchen Abtausch schon länger im Polit-Netz vorgespurt. Schliesslich ersuchte er ja seit Sommer 2015 dauernd um Fristverlängerungen.

#### Genauere Beobachtung der weiteren Entwicklung

Sollte eine Kanti am See trotz behauptetem klarem Nein aus Schwyz letztlich weiterverfolgt werden – was wir vermuten – begleiten wir dies sehr kritisch. Bei einem allfälligen Landabtausch muss der Öffentlichkeit auf jeden Fall die Vollkostenrechnung offengelegt werden. Genauso wenig wie anno 2007 akzeptieren wir faule Berechnungen zulasten der Allgemeinheit. Eine gemeinderätliche Abstimmungsvorlage mit Schockzahlen wie vor rund zehn Jahren werden wir zu verhindern wissen!

Auch die glaubwürdige Entsorgung der Altlasten bedingt starke öffentliche Kontrolle, und wir müssen an den Ausmassen der bestehenden Bahnunterführung festhalten, die weiterhin garantieren, dass Autos nur beschränkten Zugang zum Unterdorf haben.

Eine allfällige öffentliche Baute auf dem Steinfabrikareal müsste sanft in die Landschaft eingepasst werden. Zurückhaltende Proportionen und geschickte Dach- und Fassadenbegrünung wären erforderlich. Ein Architekturwettbewerb würde von uns sorgfältig und fordernd mitverfolgt.

Und dann sollen endlich Bäume und Büsche gepflanzt werden, Bänkli, Feuerstellen, ein Freilichttheater und viel Raum zum Erholen entstehen... Die Aussichten für ein Naherholungsgebiet an dieser einmaligen Lage sind weiterhin gut, und wir werden die öffentlichen Interessen an einer langfristig sauberen Lösung geltend machen.

#### Keine neuen Richtmasse im Unterdorf

Das Projekt Müller mit 20 Wohnungen in einem völlig massstabverzerrenden Gebäudeklotz im ortsbildgeschützten Unterdorf hätte auch einen Dammbbruch für das rücksichtslose Überbauen des Steinfabrikareals mit ähnlichen Kolossen oder einer 'Kanti Giganti' bedeutet. Das Baugesuch wurde im Januar 2019 zurückgezogen, nachdem im Herbst 2018 ein Gutachten der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission ENHK auch hier mehrfache Rechtswidrigkeit festgestellt hatte.

Gegen den kantonalen Denkmalpfleger, Dr. Thomas Brunner, der dieses Projekt mit einem von ihm bestimmten Architekten entwickelt, eng begleitet und auch im Baugesuch als denkmalpflegerisch einzig richtige Bauweise lanciert hatte, reichten wir Strafanzeige ein. Anlässlich eines Augenscheins mit Ver

tretern des Kantons, der ENHK und der Einsprecher hatte die Bauherrschaft nämlich ausdrücklich bekanntgegeben, sie selbst habe «Null Einfluss auf das Projekt gehabt». Dieses Projekt sei vom Denkmalpfleger genau so verlangt worden. Er ist inzwischen aus dem Kt. SZ verschwunden. Neu dient er dem Kanton Uri in gleicher Funktion.

Unsere Strafanzeige gegen den ehemaligen Denkmalpfleger ist hängig. Die Untersuchung der angezeigten mutmasslichen Officialdelikte des Amtsmissbrauchs/der Vorteilsgewährung/der Vorteilsnahme wird von Staatsanwältin Nathalie Schnyder geführt. Als Anzeigerstatter haben wir das Recht, über das Verfahren und dessen Ausgang informiert zu werden. Wir bleiben dran, auch wenn uns keine Parteistellung zukommt. Nachdem rechtskonformes Verhalten von Behörden und Ämtern offenbar NICHT 'einfach so' gewährleistet ist, braucht es öffentlichen Druck.

## **2. Kantonale und kommunale Richtplanung ohne Gesamtverkehrsplanung: Folgerungen und Forderungen**

Das Bürgerforum hat die sogenannten «*behördlichen Koordinationsinstrumente*» der kantonalen und kommunalen Richtplanung einer gründlichen Analyse unterzogen. In detaillierten Mitwirkungsberichten (zum kommunalen Richtplan 76 Seiten, zum kantonalen Richtplan 12 Seiten), in einer Medienmitteilung vom 4. Dezember 2018 und in einer ausführlichen Info-Broschüre an alle Haushaltungen der Gemeinde haben wir die gravierenden Mängel dieser Planungen scharf kritisiert und unsere Forderungen formuliert. Auf unserer Webseite ([www.buergerforum-freienbach.ch](http://www.buergerforum-freienbach.ch)) ist alles abrufbar.

Die Richtplanvorgaben aus Schwyz zum «*städtebaulichen Wachstum*» sind nicht umsetzbar und verletzen die Verfassung und geltende Gesetze gleich mehrfach.

Konkret beanstanden wir:

- Die kantonale Gesamtstrategie für die Gemeinde Freienbach ist unbrauchbar und muss grundlegend geändert werden.
- Die logische Reihenfolge der Planungsschritte ist auf den Kopf gestellt. Statt die bestehenden Probleme zu beseitigen, würden diese noch massiv verschärft. Die «*Beschlüsse*» in den Richtplänen beruhen nicht auf umfassender Abwägung der Folgen.
- Mit der Testplanung Ost und Bahnhof Pfäffikon würden Tausende von neuen Einwohnern ausgerechnet dort angesiedelt, wo schon heute die grössten Verkehrsengpässe sind. Dies nach dem Motto: Jetzt doppeltes Wachstum und nach uns die Sintflut. Weiterhin würde nach dieser Richtplanung alles Entscheidende unklar bleiben: Die Verkehrsplanung Vollanschluss Halten und Zubringer, der Autobahnanschluss Wollerau auf unserem Gemeindegebiet, (in Wollerau sind notabene 560 neue Wohnungen in der Pipeline), die Erschliessung der sogenannten 'Siedlungsentwicklungsgebiete' = Neueinzonungen, Aufzonungen bestehender Quartiere, die Erweiterung der Gleisanlagen und des Bahnhofs Pfäffikon, usw.
- Die offiziellen Aussagen sind schwammig – wie schon seit Jahrzehnten – denn das Recht kommt den dubiosen Städtebau-Fantasien in die Quere. Beim Versuch, die Bürger mit immer

neuen Bluffs auszutricksen, stehen sich die Siedlungsverdichter gegenseitig selbst auf die Füsse. Und so füttern sie halt weiter die Planungsbüros und Baufirmen nach dem berüchtigten 'Freienbacher Superstandard', trödeln wie beim Kreisel Freienbach und dem Gemeindehaus-Anbau und vergeuden unser Steuergeld mit Planungs-Flickwerk ohne vernünftige Umsetzungschancen. Unsere Mitwirkungsantwort ist denn auch entsprechend gepfeffert.

- Der kommunale Richtplan sieht keine Verkehrsentslastung vor, sondern nimmt immer längere Staus vor immer mehr Lichtsignalanlagen in Kauf: «*Ein Tropfensystem für je 2-3 Fahrzeuge pro Grünphase*» ist ihr Ziel. Stau als Lösung?
- Angeblich würde ein kleines Stückchen Bus-Zusatzstrasse in Pfäffikon und «*der Anreiz zum Umsteigen auf den ÖV*» genügen. Dies ist völlig unrealistisch, reine Augenwischerei.
- In den Richtplänen wird behauptet, die massiven Neueinzonungen seien unumgänglich, um das geplante Wachstum zu erreichen, mit Innenverdichtung allein sei dies nicht möglich. Und entsprechend lesen sich die Akten-Fakten wie ein schlechter Krimi: Manhattan-Wahnvorstellungen – und die Realitäten ausgeblendet.
- Die Zersiedelung würde weiter vorangetrieben, die man vorgeblich mit dem Verdichten der bestehenden Bauzonen vermeiden will. Seit Jahrzehnten wird in unserem Land pro Sekunde ein Quadratmeter Wiese verbaut. Der Widerspruch stört die Richtplaner offenbar nicht. Auf Kosten besonnter Freiflächen sollen in unserer Gemeinde immer noch massigere und höhere Baukörper entstehen. Immer weniger Licht und weniger Ruhe in den Wohngebieten.
- In den Richtplan-Unterlagen fehlen Veranschaulichungen des angepeilten Städtebaus generell, und viele Darstellungen für das Mitwirkungsverfahren sind stossend unleserlich. Es werden darin auch neue, völlig unklare «*Wohnmischzonen*» für «*Einwohner und Beschäftigte E+B*» präsentiert, was die Zonenzuordnung des Baureglements unterhöhlt.
- Die Siedlungstrenngürtel sollen nach dem Willen der Richtplaner durch überbordendes «*Wachs-Dumm*» der Dörfer immer weiter verringert werden.
- Man sucht in den Richtplänen vergeblich nach einem Qualitätsverbesserungskonzept, einem Jugend- und Alterskonzept oder klaren Massnahmenkatalogen, die auf langfristige Verbesserungen im öffentlichen Interesse angelegt wären. Nur Eines ist klar: Die Richtpläne sehen vor, dass unsere Gemeinde noch viel radikaler von GRÜN auf GRAU wechseln sollte als bisher.

Unsere Folgerungen und Forderungen aus dieser Analyse:

A) Ohne Gesamtverkehrs-Entlastung kein Siedlungswachstum

Verkehrsentslastung und Qualitätsverbesserungen müssen Vorrang haben. Doch der kommunale Richtplan gibt vor, es sei unmöglich, unsere Verkehrsprobleme umfassend zu lösen. Diese Behauptung ist falsch. Längst ruht in den Schubladen der Behörden ein Projektvorschlag von Bürgerseite, (aus dem teuren «*Höfner Dialog*») der offenbar mit Absicht zurückgehalten wird:

Eine Entlastungsstrasse südlich der Autobahn, vom Verkehrsknoten Pfäffikon Ost zur Etzelstrasse, weiter zur Schindellegistrasse (Autobahnanschluss Halten) und dann unterirdisch weiter nach Freienbach (Chrummen) sowie, ebenfalls unterirdisch, nach Bäch:



Alle Dörfer könnten damit vom zusätzlichen regionalen und überregionalen Verkehr stark entlastet werden. Aber das wäre sehr teuer!

Erst kurz vor dem schon heute absehbaren Verkehrszusammenbruch – bei Umsetzung der Richtplan-Vorgaben und weiterem Siedlungsverdichten – würde man dann diese längst bekannte Problemlösung schon aus den Schubladen hervorzaubern. Das ist klar. Man spekuliert offenbar darauf, dass die Steuerzahler wohl eher bereit sind, für die Finanzierung der teuren Entlastungsstrassen aufzukommen, wenn der Leidensdruck durch den Neubau-Mehrverkehr noch grösser geworden ist.

Warten wir eine solche Umverteilung von den Bürgern an die Profiteure des Bauwahns nicht tatenlos ab.

B) Sistieren der Richtplanung

Wir fordern das Sistieren der vorgelegten Richtplanung für die Gemeinde Freienbach. Sie ist völlig kontraproduktiv für die Lösung der heutigen und künftigen Raumplanungsprobleme. Deshalb muss sie komplett überarbeitet werden. Die korrekte Planungsreihenfolge ist zwingend einzuhalten. D.h. weil Bauen ohne Erschliessung zum Kollaps führt, ist zuerst ein Gesamtverkehrs-Entlastungskonzept vorzulegen – inklusive Etappierungsmöglichkeiten. Die Infrastrukturkosten als Folge des zusätzlichen Bauens müssen vorab auf den Tisch kommen.

C) Bezahlen nach dem Verursacherprinzip

Die Gesamtkosten des Zusatzverkehrs aus Aufzonungen und Neueinzonungen sind jetzt zu ermitteln. Hierzu ist auch ein Kosten-Verteilschlüssel nach dem Verursacherprinzip vorzulegen.

Es muss endlich Schluss sein mit dem Pseudo-Argument, es brauche halt einfach bauliche Verdichtung, dies sei im öffentlichen Interesse und deshalb müssten auch wir alle dafür zahlen. Denn schliesslich sind es Wenige, die mit unserer Gemeinde insgesamt Milliardenengeschäfte in die eigene Tasche machen wollen. Höchste Zeit, dass die privaten Gewinner ihren Anteil an den hohen Kosten für Entlastungsstrassen gemäss dem Verursacherprinzip beisteuern. Dann wird ihnen wohl auch die Lust auf 'Manhattan' bald vergehen.

D) Ausstieg aus Agglo Obersee

Wir fordern auch den Ausstieg aus Agglo Obersee. Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist miserabel. Nein danke zum Agglo-Traum «*Regionalstadt Obersee*».

E) Landschaftsschutzzone Tal – Talweid – Weingarten – Joch

Wir fordern in unserer Mitwirkungsantwort zur Richtplanung auch, dass eine Landschaftsschutzzone für das von Deponieplanungen gefährdete Gebiet Tal – Talweid – Weingarten – Joch geschaffen wird. Das Anliegen der Petition ist aufzunehmen, siehe unten.

### 3. Petition Landschaftsschutzgebiet Tal – Talweid – Weingarten – Joch

Mehr als 700 Unterschriften kamen in weniger als einem Monat zusammen, um unsere Forderung nach einem Landschaftsschutzgebiet Tal – Talweid – Weingarten – Joch zu unterstützen. Herzlichen Dank für Eure engagierte Mithilfe beim Sammeln!

Dass die mehr als 2 Millionen Kubikmeter Aushub für die geplanten Deponien «*unverschmutzt*» sein würden, kann man uns nicht weismachen. Dazu kennen wir die Branchenüblichkeiten und unser lasches Amt für Umweltschutz AfU zu gut.

Die Petition für ein Landschaftsschutzgebiet wurde im Juni 2018 beim Gemeinderat eingereicht. Er beschloss am 16. August 2018 als internes «*Zwischenergebnis*»:

- die Deponie Tal solle aus dem kantonalen Richtplan gestrichen werden
- an der Deponie Talweid halte er weiterhin fest, sofern für deren Betrieb eine direkte Anbindung an den Vollanschluss Halten realisiert werden könne
- die Deponie Talweid sei zurückzustufen von «*Festsetzung*» auf «*Zwischenergebnis*»
- es seien rechtliche Abklärungen für den Erlass einer Landschaftsschutzzone zu treffen

Aber weder im kantonalen, noch im kommunalen Richtplan wurde die Petition und der entsprechende Gemeinderatsbeschluss überhaupt erwähnt. Wir haben dies in beiden Mitwirkungsverfahren beanstandet.

Am 9. Oktober 2018 wurde mir bei einem Gespräch mit dem Gemeindepräsidenten und dem Gemeinbeschreiber mitgeteilt, für die vom Gemeinderat gewünschte Deponie Talweid wäre eine Erschliessung südlich der Autobahn ab Vollanschluss Halten bis Etzelstrasse erforderlich. Aber keine Sorge, es gehe alles mindestens noch 10 Jahre und man sollte etappenweise vorgehen.

Für die Ausarbeitung einer Landschaftsschutzzone Tal könnten zwei Petitionäre in einer Arbeitsgruppe mitwirken. Die erste Sitzung ist aber bis heute noch nicht anberaumt worden. Wir haken nach.

Das intakte Landwirtschaftsgebiet und Grundwasserschloss im Tal ist Lebensraum für geschützte Tierarten und einer der wenigen natürlichen Landschaftsräume in unmittelbarer Siedlungsnähe. Dieses Bijou darf nicht durch jahrzehntelangen Deponiebetrieb irreversibel zerstört werden.



#### Rolle der Umweltschutz-Organisationen

Leider haben sich die Umweltschutz-Organisationen bereits für die Deponie einspannen lassen und dem Deponiebetreiber Talweid (Schelbert, Muotathal) schon weitgehende Zugeständnisse gemacht. Dererrat am Naturschutz hat offenbar System. Wir werden dafür besorgt sein, dass «grünmaskierte» Doppelspieler auf diesem Schachbrett nicht gewinnen.

#### 4. Waldisberg

Am vergangenen Wochenende wurde laut Gemeindehaus die Teilzonenplanänderung Waldisberg mit 53.67% gutgeheissen. Wir hatten die Stimmbürger mit einem 4-seitigen Flyer zu einem Nein aufgerufen. Und viele engagierte Leserbriefe wurden zugunsten des Naherholungsgebietes geschrieben. Solche Stimmen werden in Zukunft immer deutlicher ertönen.

Der behauptete «preisgünstige Wohnungsbau» muss sich nun an den Versprechungen der Abstimmungsvorlage messen lassen. Lügen haben bekanntlich kurze Beine.

## Vorsortierte Abstimmungscouverts

Wir werden unseren Aufruf an die Stimmbürger, erst im allerletzten Moment das Abstimmungscouvert einzuwerfen, oder an die Urne zu gehen, um dem üblichen «Vorsortieren» der Abstimmungscouverts zuvorzukommen, nun stetig wiederholen. Demokratische Entscheide sind nur glaubwürdig, wenn keine Fälschung möglich ist. Diese Garantie besteht heute nicht mehr. Das hat inzwischen auch noch der Gemeindepräsident mit seiner Darstellung der sogenannten «*Rechtmässigkeit des vorherigen Aufschlitzens der Abstimmungscouverts*» in einem Mail an mich bestätigt. Er schrieb uns auch, sogar das Vorab-Öffnen der Stimmcouverts (!) wäre rechtens.

Wir halten die behauptete «*W2-Zone für preisgünstigen Wohnungsbau*» nach wie vor für unglaublich und das ganze Machwerk dieser Vorlage für verantwortungslos und pflichtverletzend. Wir werden die Kröten, die der Bevölkerung mit diesem Abstimmungsergebnis serviert werden, nicht einfach schlucken. Es kommt ja noch das Baugesuchsverfahren, und das Öffnen des Untergrundes wird Einiges ans Licht bringen.

Auch das Amt für Umweltschutz AfU, das die dortigen Altlasten beschönigt und die Lösung des Sickerwasser-Problems aus der Deponie Waldisberg an spätere Generationen delegieren will, ist in der Pflicht. Dessen Behauptung, das Gebiet sei weder sanierungs- noch überwachungsbedürftig, wird garantiert Langzeit-Folgen haben.

## 5. Alterspolitik / Senevita-Baugesuch

Unsere Informations-Veranstaltung vom 5. September 2018 im Restaurant Sternen fand grosses Interesse. Der Saal war voll und die Gelegenheit zur Diskussion wurde intensiv genutzt. Eine ad-hoc-Gruppe interessierter Personen kommt nun regelmässig zusammen und entwickelt Vorstösse und vertiefte Informationen zur Alterspolitik unserer Gemeinde.

Die exzessive Privatisierungs-Begünstigung und Missachtung des geltenden Rechts durch den Gemeinderat erfordert von uns Freienbachern auch beim Thema Alterspolitik ein deutliches und starkes Bürger-Engagement.

Die alten Menschen sollen nicht zur Milchkuh ausländischer Konzerne werden, die sich ihre Aktiengewinne aus Ergänzungsleistungen (d.h. aus unserem Steuergeld) saugen wollen und dabei offensichtlich keine Schamgrenze kennen (Gewinnsteigerung Orpea, franz. Besitzerin der Senevita AG, 2012-2017: 18%, Durchschnittspreis für 2 ½-Zimmerwohnungen: Fr. 3'850.- monatlich).

Die demokratisch kontrollierten Angebote an gut funktionierenden öffentlichen Pflegeheimen und Alterswohnungen dürfen nicht schleichend einer unfairen Konkurrenz ausgesetzt und ausgehungert werden.

### Rechtsverfahren 2017/18

So führten wir auch 2018 die hängigen Rechtsverfahren gegen das Baugesuch von Senevita weiter. Wir haben verlangt, dass die rechtsverletzende Baubewilligung des Gemeinderates vom 24. Mai 2018 aufgehoben werden müsse.

In erster Linie beanstandeten wir die Zonenwidrigkeit. Mit dem Projekt würde die verbliebene Ausnutzungsreserve für Wohnen in der Gewerbezone Ufenau Park um mehr als das Zehnfache überstiegen. Dies mit der Behauptung, das sei «*gewerbeähnliches Wohnen*».

Aus dieser zonenwidrigen Nutzung ergeben sich besonders schwerwiegende Verletzungen der Lärm-schutzgrenzwerte. Die Schutzgrenze für Gewerbe liegt um 10 Dezibel (dB) höher als bei Wohnnutzung. Gemäss SUVA wird die Lärmerhöhung um 10 dB vom menschlichen Gehör aber als Verdoppelung wahr-genommen. Senevita und der Gemeinderat wollen unsere alten Menschen ohne Wimpernzucken dieser übermässigen Belastung aussetzen. Wir beanstanden dies als massiv rechtsverletzend. Daneben rügen wir aber auch die zu hohe Strahlenbelastung neben der Starkstromleitung der Bahn, ungenügende be-sonnte Freiräume und vieles mehr.

Aktueller Stand: Die Bürgerforums-Beschwerde an den Regierungsrat vom 25.6.2018 wurde trotz unse-rem Protest auf Eis gelegt (sistiert). Die Senevita erbat sich dies, um ein neues Baugesuch beim Ge-meinderat einreichen zu können. Damit versucht sie, die unvermeidliche Gutheissung unserer Be-schwerde auszumanövrieren/hinauszuzögern.

Aber auch das neue Baugesuch vom 19. Oktober 2018 ist unhaltbar – nur unbedeutende bauliche Än-derungen am weiterhin zonenwidrigen und massiv rechtsverletzenden Projekt. Es gäbe immer noch enorme Lärmschutzgrenzwert-Überschreitungen an 120 Messpunkten in der Nacht und an 64 Mess-punkten am Tag! Entsprechend waren wir gezwungen, am 8.11.2018 auch Einsprache gegen dieses abgeänderte Gesuch einzureichen. Die gemeinderätliche Bewilligung steht noch aus, wird aber wohl erfolgen, agiert doch bekanntlich der Senevita-Anwalt in derselben Kanzlei wie unser Gemeindepräsi-dent!

Wir gehen davon aus, dass der Regierungsrat unsere Beschwerden gegen die beiden Baugesuche zu-sammenlegt und auch ablehnt – nachdem er schon die Leistungsvereinbarung mit Senevita gutgeheis-sen hat. Weil sich Behörden und Senevita AG zulasten der älteren Menschen und der Steuerzahler nicht scheuen, den gültigen Zonenplan mit Füßen zu treten, werden wir dies nötigenfalls bis zum Bundesge-richt beanstanden.

Dank einem Nachbarn, der mit uns zusammen Beschwerde führt, ist hier die Legitimationsfrage kein Problem. Wir haben gute Karten.

## **6. Mitwirkung Chrummen / Zusammenhang mit den Schulstandorten Leutschen und Brüel und dem Zubringer Halten**

Für das Gebiet Chrummen will der Gemeinderat eine Teilzonenplanänderung mit nebulöser Vorge-schichte und Wirkung durchführen: Auf einem Teil der Sportanlage soll ein Mehrzweckgebäude mit Dreifachturnhalle und ein Parkhaus oder eine grossflächige unterirdische Parkieranlage gebaut werden können.

Der letztjährige Pseudo-Kampf zwischen Bezirksrat und Gemeinderat Freienbach um den Sek-Schul-standort Leutschen hat sich inzwischen – wie erwartet – aufgelöst. Nun will nicht nur der Höfner Be-zirksrat den Sek-Schulstandort Leutschen aufgeben, sondern auch der Gemeinderat Freienbach den Schulstandort Brüel nicht mehr brauchen. Was sie mit dem dortigen Tafelsilber genau machen wollen, bleibt wolkig, resp. völlig unklar. Sicher ist nur, dass alle beide ein Mehrzweckgebäude mit Dreifachturn-halle und Parkierungen im Gebiet Chrummen ganz grossartig finden.

Mit viel Schall und Rauch haben unsere «*Volksvertreter*» 2018 in der Zeitung berichtet, wir brauchten unbedingt ein Ringelreihen für unsere öffentlichen Immobilien, d.h. Umnutzungen und Neubauten (selbstverständlich mit hohen Kosten für Bezirks- und Gemeindekasse). Und gemeinderätliche Rauch-wolken verrieten auch schon längst die Absicht, das Brüel-Areal zum Häuslebauen freizugeben. An best friends?

Jetzt wollen unsere Bezirks- und Gemeinderäte also – mit dem Segen des Regierungsrats – offiziell wieder freundschaftlich am gleichen Kalberstrick ziehen. Die Bauten im Gebiet Chrummen «*mit Tanzhalle*» und CO. sollen wohl diverse Sachzwänge vorbereiten: im Zusammenhang mit dem Zubringer Halten und den beiden Schulstandorten, evtl. sogar mit dem Steinfabrikareal.

Das gestern abgelaufene Mitwirkungsverfahren für die geplante Änderung der jetzigen Zonenbestimmung im Baureglement und Zonenplan für das Gebiet Chrummen wollte – ohne Rechtsverbindlichkeit – die Meinungen der Bürger einholen. Wir haben darauf verzichtet, uns zu äussern. Der weisse Rauch riecht allzu sehr nach einer doppelten Agenda. Wir werden uns dann im Vorfeld der Abstimmung und bei einem allfälligen Bauprojekt zu Wort melden. Wenn die Katze im Sack ihre Krallen etwas klarer zeigt.

## **7. Hurdnerwäldlistrasse 1 mit Drittwirkung**

Das Gesuch zur Vergrösserung der Überbauungsmasse an der Hurdnerwäldlistrasse 1 will eine massive Verletzung der geltenden Zonenordnung in der Industriezone 2 erreichen. Das Durchwinken hätte die Wirkung eines Dammbrochs. Mit diesem «*Vorentscheid-Gesuch mit Drittwirkung*» wird ausgetestet, ob man ganz verdeckt (Parzelle um Parzelle) eine gigantische Aufzoning im Gebiet Pfäffikon Ost und in weiteren Arealen erreichen könnte. Zugunsten gut vernetzter 'Ellböglers' würden die rechtsstaatlichen Normen und das öffentliche Interesse an korrekten Planungsschritten ausgehebelt, und auch eine gesamthafte Verkehrsplanung würde damit vereitelt.

Wir reichten dagegen Einsprache ein. Zur Legitimation machten wir unsere Berechtigung zur Verbandsbeschwerde geltend, die nicht nur bei offiziellen Nutzungsplanänderungen, sondern auch bei verkappten Zonenplanänderungen gegeben ist, wenn man via Bau- und Ausnahmegewilligungsgesuch andere Nutzungsmöglichkeiten erzwingen will. Unser Verein besteht nun 12 Jahre und setzt sich gemäss den Statuten im öffentlichen Interesse für mehr Lebensqualität und die Einhaltung des geltenden Rechts ein. Wir sind bei Zonenplanänderungen beschwerdelegitimiert.

Zur Hurdnerwäldlistrasse 1 wird's nun lustig: Die Korporation und Ueli Feusi haben im Herbst beim Verwaltungsgericht Beschwerde gegen den Regierungsratsentscheid vom 11.9.2018 eingereicht, weil der Regierungsrat die im April erteilten Ausnahmegewilligungen des Gemeinderats wegen klarer Rechtswidrigkeit in *unserem* Sinne aufgehoben hatte.

Aber auch wir waren gezwungen, beim Verwaltungsgericht Beschwerde einzureichen, denn der Regierungsrat hatte – trotz unseres sachlichen Obsiegens - die Beschwerde des Bürgerforums als «*abgelehnt*» bezeichnet und wollte uns dafür noch Verfahrenskosten und Parteientschädigungen aufbrummen.

Der Trick des Regierungsrates: Er hat unsere Beschwerde wegen sogenannt «*fehlender Legitimation*» abgelehnt, aber pikanterweise die ganze Sache aufgrund der von uns zur Kenntnis gebrachten Sachverhalte dann eben doch «*als Aufsichtsbehörde von Amtes wegen*» behandelt – und uns damit in der Sache Recht gegeben!

Wir haben diese Kröte nicht geschluckt und Beschwerde vor Verwaltungsgericht erhoben: sowohl wegen der Aberkennung unserer Legitimation als auch wegen der Kostenverknüpfung.

Letzte Woche sind nun die beiden gegensätzlichen Beschwerden beim Verwaltungsgericht abgelehnt worden. Es leistete sich dabei aber völlig widersprüchliche Argumentationen: Wir seien nicht legitimiert zur Beschwerde, weil es sich NICHT um eine verkappte, faktische Zonenplanänderung handle. Und das

Gesuch von Ueli Feusi und der Korporation sei tatsächlich rechtswidrig, WEIL es um eine verkappte, faktische Zonenplanänderung gehe!

Das Gesuch solle zurück an den Gemeinderat, aber dieser könnte ja dann das Ausnahmegesuch allenfalls wegen veränderten rechtlichen und sachlichen Gegebenheiten doch wieder wunschgemäss erteilen. Und wieder wurden Verfahrenskosten und Parteienschädigungen zu unseren Lasten erhoben. Wie bitte? Das ist reine Willkür! Wir ziehen unsere Beschwerde nun ans Bundesgericht weiter. Die stossenden Entscheide im Kt. SZ und das Verfahrens-Wirrwarr erfordern Gegenwehr.

## **8. Zeughaus Pfäffikon**

Die mit dem Militär vertraglich vereinbarte Nutzung des Zeughauses über den Winter wird von diesem nicht beansprucht. Damit bleiben die vom Gemeinderat erwarteten Einnahmen aus diesem Vertrag weg. Man wird über die Bücher gehen müssen und den Vertrag voraussichtlich kündigen.

Damit bekommt die öffentliche Nutzung endlich mehr Gewicht. Die Betriebskommission, in der ich Einsitz habe, lud die Vereine im Dezember 2018 zur Besichtigung ein. Jetzt ist auch der obere Stock auf der Nordseite nutzbar. Die nötigen feuerpolizeilichen Massnahmen wurden 2018 getroffen. Steter Tropfen höhlt den Stein!

Die IG Zeughaus führte auch 2018 wieder 2 tolle Feste für die Öffentlichkeit durch. Im Herbst wurde das Jubiläum des 10. Festes mit einem Sonderprogramm gefeiert.

## **9. Medien**

Nach dem Ausscheiden von Bruno Hug bei den Obersee Nachrichten bietet dieses Blatt kein Gegengewicht mehr zum arg zensurierten Höfner Volksblatt. Von vielen Leuten höre ich, dass sie weder das eine noch das andere (für Untertanen präparierte) Multiplikationsorgan noch ernst nehmen können. Umso wichtiger sind unsere direkten Infos an die Bevölkerung.

Dass dies immer wieder möglich ist, verdanken wir Euch allen und ganz besonders den grosszügigen Spenden aus Eurem Kreis, denn das Drucken und Versenden von Infomaterial und die Rechtsverfahren sind kostenintensiv, auch wenn wir möglichst viel selbst machen. Vielen herzlichen Dank!

## **10. Engagierte Mitglieder, wirksame Vereinstätigkeit**

Und damit kommt s Zäni, das zehnte und letzte Kapitel meines Jahresberichts: Das seid Ihr, liebe Mitglieder des Trägervereins Bürgerforum Freienbach! Dank Euch allen wird die Bodenwelle, die wir ausgelöst haben, immer stärker. Ich danke Euch und ganz besonders meinem freundschaftlich und uneigennützig arbeitenden Vorstand ganz herzlich dafür.

Wir erleben immer wieder spannende und ermutigende Kontakte mit der Bevölkerung, erhalten hochkarätige Informationen und freuen uns, dass auch immer wieder neue, engagierte Mitglieder zu uns stossen.

Das jahrzehntelange Laisser-Faire der Behörden bei gewissen 'Vorzugskunden' und andererseits die schikanöse Obrigkeitsdemonstration und Strenge bei kleinen Anliegen und Gesuchen verärgern viele Freienbacher und lassen sie aktiv werden.

Auch 2018 sind mutige Leute in unserer Gemeinde aufgestanden und haben sich gegen Ungleichbehandlung und Gesetzesverletzungen durch Administration und Mandatsträger gewehrt. Erfreulich viele haben grossen Einsatz für die Petition zugunsten des Schutzes unseres schönen Tals am äussersten östlichen Zipfel der Gemeinde geleistet. Herzlichen Dank!

So sind wir hoch motiviert, auch im kommenden Jahr unser Bestes zu geben – für eine lebenswert-lebendige Gemeinde Freienbach.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit

Pfäffikon, 12. Februar 2019

Irene Herzog-Feusi, Präsidentin